

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die verantwortlichen Redakteure sind:  
Herrn Dr. Wilhelm W. Schulze, Herr  
Herrn Dr. Wilhelm W. Schulze, Herr

Dr. Wilhelm W. Schulze, Herr  
Herrn Dr. Wilhelm W. Schulze, Herr

## Die Schantungfrage und der amerikanische Senat.

### Die Haltung der amerikanischen Senatoren zum Friedensvertrag.

Die gesplitterte Opposition. — Der Senatsauschuss für auswärtige Angelegenheiten gegen das britische Profektat über Ägypten.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

Der „Neuere Mutterländische Courant“ berichtet aus New-York in einem Liebesbrief über die jüngsten Ereignisse: Wilson hat sich nach seiner Unterredung mit den Senatoren in Weißen Haus mit einem Vorbehalt, der in den Änderungsbedingungen des Senats Plan anknüpfen ist, einverstanden erklärt. Die Opposition ist heute viele Vorbehalte jedoch ab. Diese Opposition sei nun in sich selbst nicht vollkommen einig. Die zerfallene in nicht weniger als vier Gruppen, von denen keine eine Führer besitzt. Jede versucht nun eine einheitliche Haltung zu erzielen und stellt feinerseits den bekannten Schantung-Entwurf. Aber auch er hat die Stimmen einer Reihe von Senatoren verloren, und zwar durch die Behauptung, daß der Vorbehalt in Bezug auf die japanischen Rechte in Schantung bedeute, daß Japan diese Rechte vorläufig nicht ausüben dürfe. Vielleicht wird die Propagandareise Wilsons die öffentliche Meinung doch noch zugunsten einer Ratifizierung beeinflussen. Hierzu erklärt Holländisch-Niederländisches Bureau von anderer Seite, daß General Lodge eine durchgreifende Hebung in dem Abkommen vorgezogen haben muß. Wie es ist, wie es steht, ist die Stelle des Wortes Japan das Wort China. Die Bedenken sind die Bedingungen untergeordnet ganz anders geworden. Die Veränderungen, die zur Zurückziehung der amerikanischen Mitglieder aus der internationalen Kommission führte, ist ebenfalls auf sehr einfache Weise erreicht worden. Es wurden lediglich in den Paragraphen die Worte „and associated“ getilgt.

„New York Sun“ erzählt, daß es zwischen Wilson und Oberste Hofe zu einem Konflikt gekommen ist. Die Beziehungen zwischen beiden waren bereits seit langer Zeit wegen der Schantung- und der Finanzfrage gespannt. Es scheint, daß es jetzt zu einem Bruch gekommen ist. Holländisch-Niederländisches Bureau von anderer Seite: Die amerikanische Friedensdelegation wird sich an Wilson mit der Frage wenden, ob es nicht löblich, daß sie noch länger in Paris bleibt, um die Probleme von Süd- und Ost-Europa zu lösen. Wilson wird sich wahrscheinlich nicht erwidern, daß er sich noch länger dort aufhalten wird, bis er sich nach Washington zurückbegeben und Europa überblickt, Ordnung in das Chaos zu bringen, das durch den Einfall der Rumänen in Ungarn geschaffen wurde. Wiederholt hat die Friedenskonferenz beabsichtigt Rumänien vor Plänklingen in Ungarn gewarnt, aber auch die letzten einflussreichen Redaktoren bezogen, daß die Rumänen, die sie nur langsam Material vorlegen, und es besteht kein Zweifel, daß diese rumänischen Liebesbriefe die Folge einer Entmutigung sind, die sie von gewissen Mitgliedern der Geste erhalten. Die amerikanische Delegation ist der Auffassung, daß Clemenceau es eifrig mit seinen Bemühungen an Vratian meinte, andererseits aber glaubt sie erkennen zu müssen, daß die anderen Mitglieder begen. Die früheren Bundesgenossen Rumaniens die Rumänien in ihrer Haltung wieder. Daher tritt die amerikanische Delegation für eine baldige Dreifachkonferenz und sofortige Einstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung Rumaniens ein. Sie hofft zwar noch, daß eine Klärung der Lage auch ohne Eingreifen Wilsons herbeigeführt werden kann. In Konferenzen gehen aber nicht. Gerade, daß auch die Schwierigkeiten in der Frage der letzten Jahre die Amerikaner zu ihrer Zurückziehung aus der Konferenz veranlassen könnten. Ferner hat mehrere amerikanische Delegierte über die Behandlung der amerikanischen Politik durch gewisse Mitglieder der Friedenskonferenz, besonders durch die Franzosen, sehr entrüstet. Sie wollen jedoch ihre Haltung durch die Entscheidung Wilsons bestimmen lassen. Sie glauben, daß eine Zurückziehung aus der Konferenz allerdings schon früher hätte erfolgen müssen und nehmen an, daß Hoover den Rat zu dieser Zurückziehung erteilt habe, daß aber Wilson seinen Schritt bis jetzt noch nicht wagt, weil er glaubt, daß dadurch nichts gewonnen werden kann.

W. Wafel, 28. August.  
Aus New-York wird indirekt gemeldet: Die Senatskommission hat einen einschneidenden Zusatzantrag zum Friedensvertrag beschlossen. Dieser Zusatz besagt, wie „Europa Press“ meldet, daß das britische Profektat über Ägypten nicht anerkannt werden. Weiter heißt die Annahme eines Zusatzantrages bevor, der bei einer Ratifizierung des Abkommens durch nur drei Großmächte eine Entzweiung der japanisch-englischen Allianz hätte bewirkt würde, die dann eine anti-amerikanische Bedeutung annehmen würde. Die Aussichten für die Annahme des angebotenen Zusatzes wachen, da das Bestreben besteht, Frankreich einen Ausgleich zu bieten, falls Amerika sich vom Völkerbund fernhält. Die „Chicago Tribune“ erklärt, daß man in offener französisch-amerikanischer Kreise der Ansicht sei, daß die Erhebung des Wortes „Japan“ durch das Wort „China“ in der Klausel bezüglich Schantung seine weiteren Verhandlungen mit Deutschland nötig mache. Da die Rechte Deutschlands an Schantung einmündig sind, so könne Schantung ohne eine Diskussion mit Deutschland irgendeiner anderen Macht zugeordnet werden.

## Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Kritik am Völkerbundabkommen.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

„Holländisch-Niederländisches Bureau von anderer Seite: Die Kammer begann gestern mit der Debatte über den Friedensvertrag. Es waren fast alle Regierungsmitglieder anwesend. Aber nur drei Redner konnten bisher zu Wort kommen. Der Abgeordnete Chappe de Laune erklärte, er sei nicht sicher, daß der Friedensvertrag auch wirklich den Weltfrieden verbürge und Frankreich gegen neue Angriffe schütze. Er befragte dann besonders eingehend die Zusammenstellung des Besonderen Beirats, die einer solchen Verantwortung, daß gewisse Redner Handverkehrt behandelte die Gesandten, die aus dem Friedensvertrag und dem Völkerbundabkommen hervorgehen. Er stellte zunächst die Frage, ob das Friedensabkommen, so wie es jetzt sei, tatsächlich all das Gute enthalte, das man davon erwarte, nämlich ob es künftige Kriege unmöglich mache. Diese Frage gelte auch für das Völkerbundabkommen. In dieser Richtung sei viel zu tun, insbesondere, das das Abkommen den Geist nicht verliere, daß Recht vor Gewalt gelte. Aber Recht habe noch seiner Meinung keinerlei Bedeutung, wenn keine Macht vorhanden sei, die das Recht sichert. Die Macht in der Völkerbundverfassung fehle aber völlig. Der Generalsekretär könne zwar eine Sitzung des Völkerbundes zusammenberufen und von ihm im Falle des Artikels 10 über Maßnahmen entscheiden lassen, aber das genüge nicht. Frankreich müsse deshalb verlangen, daß gewisse Punkte in dem Abkommen verbessert werde. Er müsse verlangen, daß eine wirkliche internationale Macht gebildet werde, welche die Entscheidungen des Völkerbundes sicherstelle. Der Völkerbund müsse höhere Ziele haben als nur den Krieg zu verhindern. Die Lösung dieser Frage sei bis jetzt unmöglich gewesen. Man verhalte sich Kriegsgerüste zu organisieren, ohne daß es oberste Grundsätze gäbe. „Wir haben viele Bedenken“, fuhr er fort, „berauf zu bestehen, daß eine allgemeine Macht gebildet wird, die so stark sein muß, daß keiner sich ihr widersetzen kann.“ Er verlangte weiter, daß neben dem französisch-englisch-amerikanischen Abkommen auch noch ein französisch-italienisch-belgischer Verband gebildet werde, weil diese drei Staaten die Ausfallorte aus Deutschland beherbergen. Er glaube schließlich, daß Frankreich der Welt einen so großen Dienst erwiesen habe, ihm dadurch, daß es die Freiheit der Welt rettete, daher habe es jetzt auch das Recht, der Welt einen noch größeren Dienst mit der Organisation einer Macht zu erweisen, die das Recht und die Entscheidungen des Völkerbundes sichert. Nur so könne eine Zukunft für die Freundschaft und Brüderlichkeit der Völker und für den Fortschritt der menschlichen Arbeit geschaffen werden. Als dritter Redner nahm Souvrier fort, „das Bedenke die Gründung eines internationalen Parlaments.“ Insgesamt stehen noch 40 Namen auf der Rednerliste.

W. Wafel, 28. August.  
Der „Matin“ meldet, daß mit Unterstützung des Bundesratspräsidenten der französische Ex-Gouverneur bei der Entschädigungskommission die Forderung gestellt hat, von Deutschland und Österreich die Lieferung von je 200 Gefährten, 2000 Ruten, wovon 2000 einjährige, 800 000 Hektar, 3 Millionen Weibhühner zu verlangen. Deutscherseits soll überdies eine Million Soldaten, darunter 200 000 männliche, liefern. Die Tiere sollen lebend jeweils Anfang September und März innerhalb zwei bis drei Jahren geliefert werden.

## Die Spannung zwischen Belgien und Holland.

Die Scheldfrage. — Die Ansprache Belgiens. — Desinteressen der deutschen Uferbesitzer.

(Telegramme)

Amsterdam, 28. August. (W. I. W.)  
Gand-Neuter meldet aus Brüssel, daß der belgische Minister Seghers dem Ausschuss der Vierzehn in Paris, eine Denkschrift über die Scheldfrage unterbreitet hat, in der er u. a. aus dem Vordruck, daß die Deutschen infolge der feindlichen Haltung Belgiens, nicht mehr daselbst Interesse an der Freiheit der Ostseeerpener Hafens haben, da dieser die Abkürzung der bereits in Rotterdam bestehenden deutschen Schiffahrtslinien und der Schiffahrtslinien, die sich in Rotterdam niederlassen werden, sein würde. Seghers verlangt daher, daß Belgien die Herrschaft über die Schelde bekommt, damit Deutschland Holland nicht veranlassen könne, einen Biegel vor die belgischen Häfen zu schieben.

Brüssel, 27. August. (W. I. W.)

Nach Meldungen des „New York Herald“ sollen die Beziehungen zwischen Belgien und Holland an der Grenze von Limburg zu wachen übrig lassen. Die holländische Regierung hat den an der Grenze wohnenden belgischen Bauern verboten, ihre auf holländischem Boden befindliche Ernte einzubringen. Als Gegenmaßnahme hat die belgische Regierung ein gleiches Verbot für Holland erlassen. Holländische Architekten, die auf einer Ausstellung in Brüssel für den Wiederaufbau ausgeführt hatten, haben ihre Werke zurückgezogen.

Der belgische Senat ratifiziert gestern einstimmig den Friedensvertrag mit Deutschland.  
Einer der ältesten und angesehensten flämischen Aktivisten Franz Reuchardt, ist gestern in Brüssel verhaftet worden.

## Der englisch-französische Gegenatz

Donnerstag, 26. August 1919

Victor Auburtin (Genf).

Georges Clemenceau hat ein sehr dickes Fell, und Angestellte der Presse und des Parlaments treffen ihn nicht allzu empfindlich; er schüttelt so etwas am liebsten mit einem brutalen Scherzwort ab. Aber eine bestimmte Kritik verdrängt er ganz und gar nicht; wenn man ihm sagt, daß er einen an der Spitze der französischen Regierung habe, dann wird er lächelnd, dann springt der Finger auf und haucht: will fragen: er läßt durch den dafür angestellten jungen Mann einen Redaktionsartikel im „Homme libre“ schreiben. Man hat die diesen Vorwurf über, weil er sich erinnert, wie man ihm vor langen Zeiten höhnte das Wort „der Engländer“ nachher, als dieses Wort in Frankreich noch ein Schimpfwort war? Oder fragt er sich über solche Kritik, weil sie die Wahrheit ist, und wie das französische Sprichwort sagt, parce qu'il n'y a que la vérité qui lache?

Selbstverständlich magt niemand, auch kein schämevoller Gegner nicht, den Vorwurf auszusprechen, der französische Ministerpräsident habe bei den großen Verhandlungen irgendwie im Dienste Englands gestanden. Jeder sieht, daß Clemenceau eifrig befreit war, am ersten Tisch der Vier das Interesse seines Landes durchzusetzen, wie er es verstand. Nun ob er es richtig verstand, ob er sich nicht während dieser zehn Monate von dem stets jovialen Lord George gründlich hineinlegen ließ, das fragt er sich vielleicht jetzt ohnehin, und wenn er selbst nicht darauf kommt, so wird diese Frage von den guten Freunden im „Matin“ und „Lemps“ täglich eindringlicher gestellt. Herr Clemenceau ist, während diese Zeiten geschrieben werden, aus Urlaub in der heimlichen Gefahr, und man möchte zu seinem Belegen hoffen, daß er dort die Pariser Zeitungen nicht liest; denn diese Zeitungen sind voll von dem angeführten Frieden und von dem Vertragsbruch Englands, und bei dieser Lesart läme der erholungsbedürftige alte Herr aus der Mut nicht heraus.

Es handelt sich um Äsen und um das Erbe des Kalifen. Diese ungeheure Großartigkeit muß, obwohl man es einmal ausgetragen werden, aber je näher die offizielle Entscheidung rückt, um so deutlicher erkennen die Franzosen, daß England in seinem hundertjährigen und inoffiziell alles abgemacht und zu seinem eigenen Vorteil auf das Treffliche erlöst hat. Frankreich und England haben im Jahre 1916 einen Vertrag abgeschlossen, der über wichtige Teile der türkischen Wüste entschied und nach dem in dieser Hinsicht ein „plan and blueprint“ in der Sprache der Franzosen erhalten sollte. „Erhalten“ ist ein etwas großes Wort; in den Beziehungen der französischen Presse über den Vertrag ist nie etwas von Kolonien oder Protektoratien die Rede, man gebraucht das Wort Mandat, jenes widerliche Vögelwort, das der hohe Idealist Wilson der europäischen Diplomatenprache beifügt hat, offenbar weil sie an solchen Bezeichnungen noch nicht genug hatte. Wilson hat das Mandat über die Länder der Türkei, Frankreich über Syrien; nicht nur über den Kleinsten, auch über die Tiefe des Landes, Aleppo, den Libanon und über Damaskus, die Krone. Den Vertrag zeichnete auf englischer Seite Sir Edward Grey, ein eifriger Mann, der vermutlich der Ansicht war, daß England seine Unterzeichnung respektieren würde.

Aber kaum war das Abkommen fertig, da nahmen die Dinge eine so glänzige Wendung für England, daß es schwerer alle arabischen Stämme zu vereinen und unabhängig zu machen, wenigstens unabhängig von Frankreich. Dieser Marschgenz hat jedoch keine Ansprüche angedeutet: ganz Syrien, die Küste, Damaskus, auch Palästina, denn die Araber sahen im Lande Kanaan, bevor Abraham mit seinen Herden herauszog. In Damaskus ist eine nationale Regierung bereits gegründet, und der Emir kehrt jetzt nach Paris zurück, um der Konferenz seine Wünsche vorzutragen, dies orientalische Fabelwesen, hinter denen, denen deutlich genug die englische Wirklichkeit und Berechnung steckt.

Die Kritik ist so ernst, daß der „Lemps“, der große Wortliebhaber nicht liest, seinen heutigen Beiratsrat. Das Genetier in Äfen überschreibt, französische Staatsangehörige sind in Syrien von englischen Agenten mißhandelt und eingesperrt worden; täglich werden in Alexandria große Mengen von Munition aus englischen Schiffen ausgeladen und nach Damaskus an jenen Emir weitergeführt; aus Ägypten kommen englisch-arabische Agenten und arabischen Zeitungen das Land verteilten Bibeln und Schmeicheleien und belehren die syrischen Christen über die französische Republik, die die Wüste vertrieben und den Karreitraj schändete. Und die ganze Versandung des aussehenderen Volkes geschieht durch die mächtige Hand der Engländer. So wird Frankreich abgedrängt; es muß zurückziehen sein, wenn es ein paar Belegende des Mittelmeers behält, und die Seiten haben ein Verbot, da der asiatische Verkehr der Zukunft auf den großen inneren